

Rede zur Verabschiedung des Haushaltes 2023 der Stadt Recklinghausen

Frank Cerny
Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion

- es gilt das gesprochene Wort -

Sperrfrist: bis zum Beginn der Rede



**„Frieden ist nicht alles,
aber ohne Frieden ist alles Nichts.“**

(Willy Brandt)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

vom ehemaligen Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt stammt das Zitat: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles Nichts.“
Selten zuvor hat unsere Generation gemerkt, wie wahr dieses Zitat von Willy Brandt ist.

Als am 24. Februar dieses Jahres russische Truppen auf Befehl des Despoten Wladimir Putin die Ukraine überfallen haben, begann eine neue Zeit für uns alle in Europa. Mehr als zehntausend Menschen haben seitdem ihr Leben verloren - durch direkte Kriegshandlungen und durch Kriegsverbrechen an unschuldigen Zivilisten. Viele weitere Menschen wurden durch den Krieg verwundet und sind traumatisiert. Millionen von Menschen mussten ihre Heimat und ihre Familienangehörigen verlassen und befinden sich auf der Flucht. Und insbesondere für Menschen in einigen Regionen der Ukraine ist die Lage entsetzlich. Weil es am Notwendigsten fehlt, droht eine humanitäre Katastrophe.

Die Menschen, die zu uns nach Deutschland gekommen sind und auch in Recklinghausen Schutz gefunden haben, sind mit dem Notwendigsten versorgt. Wir können ihnen eine Bleibe geben, Kleidung und Nahrung. Was wir aber nicht können, ist ihnen die Angst zu nehmen. Die Angst um ihre Angehörigen und die Sorge, ob es ihnen in der Heimat gut geht und ob man sich jemals wiedersehen wird. Und so sehr wir es uns den Frieden wünschen, kann niemand die Frage beantworten, wann der Krieg endlich beendet sein wird.

Am 24. Dezember, am Heiligen Abend, wird der Krieg bereits zehn Monate andauern. Ich glaube, das schönste Geschenk für uns alle wäre, wenn die Diplomatie wieder die Oberhand gewinnt, damit möglichst bald die Waffen schweigen und der Krieg beendet wird.

Meine Damen und Herren, vor 10 Jahren, im November 2012, haben wir den Haushaltssanierungsplan beschlossen. Als wir uns damals auf den schwierigen und auch teilweise schmerzlichen Weg gemacht haben, den städtischen Haushalt mit Hilfe des Landes wieder ins Gleichgewicht zu bringen, wussten wir nicht, was vor uns liegt. Die Planung war auf Kante genäht und jede Unwägbarkeit hätte die Prognosen in sich zusammenstürzen lassen können. Aber es klappte und jedes Mal, wenn wir dem Zieljahr 2021, in dem der Haushalt dauerhaft ausgeglichen sein sollte, ein Stückchen näherkamen, sprachen wir vom „Licht am Ende des Tunnels“.

Und dann kam im Frühjahr 2020 zuerst die Corona-Pandemie und in diesem Jahr der Krieg in der Ukraine. Es fühlt sich an, als wären wir gerade wieder in einen Tunnel reingefahren und erst am Anfang eines Weges sind, dessen Länge wir nicht kennen.

Was wir merken ist, dass sich beide Ereignisse massiv auf unseren städtischen Haushalt auswirken. Zuerst die Mehrkosten, die durch die Pandemie entstanden sind, und nun - bedingt durch den Krieg - die Preisexplosion auf den Energiemärkten, die Inflation und die Kosten für die humanitäre Versorgung und Unterbringung von geflüchteten Menschen.

All das belastet den städtischen Haushalt enorm. Der Kämmerer rechnet damit, dass im Zeitraum von 2021 bis 2025 die Belastungen aufgrund der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges auf über 80 Mio. Euro steigen werden. Eine enorme Summe, die unsere Stadt sicherlich nicht alleine stemmen kann.

In dieser schwierigen Situation hat zumindest der Bund nicht weggeschaut. Noch von der alten Bundesregierung wurde den Kommunen einmalig 12 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um die pandemiebedingten Gewerbesteuerausfälle zu kompensieren. Und die 2020 vom Bundestag beschlossene erhöhte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft (KdU) entlastet die Städte und Gemeinden dauerhaft jährlich in Höhe von 3 bis 4 Milliarden Euro.

Auch gibt es Unterstützung vom Bund für die Mehraufwendungen für geflüchtete Menschen. 2 Milliarden Euro sind es in 2022. Für 2023 wird der Bund weitere 1,5 Milliarden Euro zur Versorgung von Menschen aus der Ukraine bereitstellen. Zudem ist eine Pauschale in Höhe von 1,25 Milliarden Euro vom Bund geplant, um die Länder und Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten aus anderen Staaten finanziell zu unterstützen.

Das alles könnte sicherlich mehr sein. Es ist aber auf jeden Fall um ein Vielfaches mehr als das, was die schwarz-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen abliefern kann. Das ist nämlich an Stümperhaftigkeit nicht mehr zu überbieten! Anstatt zu prüfen, welche Ausgabeanteile noch im Landeshaushalt verfügbar sind, um damit schnell ein Hilfspaket zu schnüren, eiert der Finanzminister rum und kann sich nicht entscheiden, ob wir nun eine finanzielle Notlage in NRW haben oder nicht - oder vielleicht erst ab dem nächsten Jahr.

Was die Menschen, die Vereine, die Unternehmen und auch unsere Städte in NRW nicht brauchen, ist eine Landesregierung, die unfähig ist zu regieren. Was wir alle dringend brauchen, ergänzend zu den Hilfspaketen des Bundes, ist eine finanzielle Unterstützung vom Land - und zwar nicht erst in 2023, sondern bereits jetzt und sofort.

Ganz bitter ist übrigens, dass Herr Wüst und seine CDU/Grüne-Landesregierung bislang nicht eine einzige Maßnahme geplant haben, um die Kommunen bei den Zusatzkosten der Pandemie und des Ukraine-Krieges zu entlasten. Stattdessen haben sie nur einen „billigen Taschenspielertrick“ im Angebot! Nämlich: Die Kosten der Pandemie und des Krieges auf einen Deckel schreiben – Bilanzierungshilfe nennt die Landesregierung so etwas - und dann im Jahr 2025 eine Entscheidung treffen. Also

- entweder ab dem Jahr 2026 die Zusatzkosten über längstens 50 Jahre abschreiben
- oder durch städtisches Eigenkapital decken.

Das, meine Damen und Herren, wird dann eine Entscheidung zwischen „Pest oder Cholera“ sein. Denn durch die Bilanzierungshilfe – was hat das eigentlich mit „Hilfe“ zu tun? - werden die finanziellen Probleme nicht im Hier und Jetzt gelöst. Würde die Mehrheit des Rates in 2025 entscheiden, dass wir die Gesamtkosten über 50 Jahre abschreiben, dann hätten wir eine Mehrbelastung von rd. 1,6 Mio. Euro pro Jahr. Würden wir die Kosten durch das Eigenkapital decken, dann müssten wir an unser städtisches Tafelsilber ran. Wobei wir - Stand heute - gar nicht über so viel Eigenkapital verfügen, um die Summe in Höhe von 80 Mio. Euro vollständig decken zu können.

Wie wir uns auch entscheiden: Wir werden künftigen Generationen die aktuellen, finanziellen Lasten aufbürden und deshalb ist es eine Schande, wie uns diese Landesregierung im Regen stehen lässt.

Übrigens befindet sich der jetzige Ministerpräsident Wüst beim Thema „Verantwortungslosigkeit“ in bester Gesellschaft mit seinem Amtsvorgänger Armin Laschet. Der hat nämlich

beim Thema „Altschuldenfonds“ gekniffen. Mehrmals hat die Europäische Zentralbank schon den Leitzins erhöht. Das wird somit auch Konsequenzen für unsere Kredite haben, die wir als Stadt aufgenommen haben und bedienen müssen. Ich bin gespannt, in welcher Größenordnung unsere Zinsbelastungen steigen werden, wenn die Verlängerung von Krediten ansteht. Bedanken dafür können wir uns dann bei Herrn Laschet.

„Gekniffen“ ist übrigens auch ein Stichwort im Hinblick auf das Ruhrfestspielhaus. 7,7 Mio. Euro hat der Bundestagsabgeordnete Frank Schwabe für die Sanierung der Obermaschinerie beim Bund besorgt. Für uns als Stadt ist es eine enorme Belastung, die anderen 50 Prozent der Kosten aufzubringen. Deshalb hat unsere Landtagsabgeordnete Anna Kavena gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion beantragt, dass sich auch das Land mit einem Betrag von 3,85 Mio. Euro an der Sanierung beteiligt. Das hätte unsere städtische Belastung nochmals erheblich verringert. Am Dienstag wurde der Antrag dann mit Stimmenmehrheit von CDU und Grünen im Landtag abgelehnt.

Ich frage mich, was macht der grüne Landtagsabgeordnete eigentlich? Denkt Herr Matzoll überhaupt an seinen Wahlkreis – zu dem auch die Stadt Recklinghausen gehört –, wenn er im Landtag abstimmt?

Was der Bürgermeister in Düsseldorf für Recklinghausen rausgeholt hat, wissen wir ja spätestens seit letzter Woche Dienstag: Die Finanzierung von Rehen aus Gips, als neues Marketingelement für unsere Stadt. Bei einem Förderzuschuss des Landes für eine so wichtige Anschaffung wäre es natürlich zu viel, wenn Sie Herr Tesche bei der CDU-Landesregierung auch mal nachgefragt hätten, ob das Land noch Geld zur Sanierung des Ruhrfestspielhauses beisteuern würde.

Aber so wissen wir zumindest, in welchen Bereichen Prioritäten für unsere Stadt gesetzt werden.

Meine Damen und Herren, trotz der finanziell schwierigen Situation ist es wichtig, dass wir weiter investieren und nicht den Kopf in den Sand stecken. Die Entscheidung für einen neuen Grundschulstandort an der Hochstraße in Süd, die Erweiterung der Grundschule und der Neubau einer Kita am Hinsberg, der Neubau der Sporthalle am MCG und die Sanierung der Helmut-Pardon-Sporthalle, die übrigens auch mit Hilfe des Bundes finanziert wird, sind nur einige Beispiele. Aber sie zeigen, dass wir in unsere Infrastruktur investieren, damit wir auch für künftige Generationen eine liebens- und lebenswerte Stadt erhalten.

In den letzten Jahren haben wir bereits viel in die Digitalisierung unserer Schulen investiert. Mit Anschluss an schnelles Internet und mit digitalen Endgeräten. Es ist wichtig, dass unsere Schulen an der digitalen Entwicklung dranbleiben. Die pandemiebedingten Lockdowns haben es bewiesen. Und deshalb haben wir uns gemeinsam darauf verständigt, dass wir nochmals eine Summe drauflegen bei der ohnehin geplanten Beschaffung von digitalen Whiteboards, damit die Technik an unseren Schulen dort ankommt, wo sie benötigt wird.

Nochmals drauflegen werden wir auch bei der anstehenden Überholung des Spielplatzes an der Professor-Knippling-Straße in Hochlarmark. Mit den zusätzlichen Mitteln können weitere Geräte installiert werden, so dass der Spielplatz für das Quartier künftig noch attraktiver gestaltet werden kann.

Und mit der Errichtung einer neuen Fahrradabstell-Anlage an der Schaumburgstraße setzen wir einen weiteren Baustein, den Umstieg aufs Fahrrad noch attraktiver zu machen. Der Standort ist gut vom Wall aus erreichbar, liegt zentral im Herzen unserer Altstadt und wird auch Lademöglichkeiten für eBikes bereithalten.

Meine Damen und Herren, in den nächsten Jahren sind viele Dinge geplant, um unsere Stadt weiterzuentwickeln. Wir wollen diese Weiterentwicklung aber mit Weitsicht betreiben. Vor allem dann, wenn neue Baugebiete entstehen sollen und der Eingriff in die Natur unausweichlich wird, gibt es die Verpflichtung, für Ausgleich und Ersatz zu sorgen. Und das ist gut so!

Aber im Stadtgebiet ist dieses kaum bis gar nicht mehr möglich. Unsere Möglichkeiten, Ausgleichs- und Ersatzflächen darzustellen, sind ausgeschöpft. In der jüngsten Vergangenheit wurden deshalb schon ökologische Ersatzflächen im Münsterland erworben. Machen wir uns aber nichts vor. Das ist nur ein „Persilschein“, den wir uns erkaufen, denn unmittelbar positive Effekte für unser städtisches Klima oder den Artenschutz hat dieses Vorgehen nicht.

Mit dem Antrag „Ökologische Ausgleichsoffensive“ wollen wir die Verantwortung in unserer Stadt wieder nach vorne stellen. Beispielsweise durch die Aufwertung vorhandener und die Anlegung neuer A+E-Flächen, aber auch durch das Anlegen von Saumbiotopen im Umfeld von städtischen Gewässern. Wir wollen künftig verstärkt in die ökologische Vorleistung gehen, anstatt erst im Nachhinein den Eingriff wiedergutzumachen.

„Multifunktionalität“ ist in diesem Zusammenhang ein Stichwort. Natürlich schafft die Umwandlung von Ackerfläche in Ausgleichsfläche einen ökologischen Mehrwert. Aber wir entziehen damit der Landwirtschaft auch Anbaufläche. Dennoch: Ausgleichsflächen müssen für die Landwirtschaft nicht unbedingt verloren sein. Es gibt bereits erfolgreiche Projekte einer „rotierenden Kompensation“. Dabei wird der Ausgleich nicht auf einer festen Fläche dargestellt, sondern er wird auf wechselnden Flächen in die landwirtschaftliche Nutzung mit aufgenommen. Beispiele sind Blühstreifen, ein extensiver Getreideanbau oder „Brachefenster“ auf Ackerflächen. Experten haben festgestellt, dass insbesondere Arten, wie der Kiebitz, die Feldlerche und das Rebhuhn, die wechselnden Flächen sehr gut annehmen.

Das ist nur ein Beispiel von vielen, wie wir die ökologische Ausgleichsoffensive praktisch gestalten können. Weitere Möglichkeiten wollen wir in einem öffentlichen Workshop im kommenden Jahr gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Dafür stellen wir auch Mittel bereit und zwar in einem erheblichen Umfang: eine halbe Millionen Euro.

Der Kanzler würde jetzt von einem „Wumms“ sprechen. Wir sagen, diese 500.000 Euro sind gut investiertes Geld in unsere Umwelt.

Mit diesem neuen Ansatz haben wir auch eine weitere Option: Wir können ein eigenes „Ökokonto“ aufbauen für Maßnahmen des Klima-, Umwelt- und des Artenschutzes. Und wir können, wenn Investoren Ausgleichsflächen benötigen, aushelfen. Natürlich gegen Bezahlung. Und diese Einnahmen können wir dann wieder in neue Maßnahmen investieren, um unser Ökokonto zu stärken.

Weil ich nun ausführlich über Ökologie und Umwelt gesprochen habe, erlaube ich mir auch noch eine weitere Anmerkung: Wir haben einen Umweltausschuss. Ich bin zwar nur stellvertretendes Mitglied in diesem Ausschuss, aber ich durfte kürzlich zweimal dort eine Vertretung übernehmen. Und es waren zwei spannende Sitzungen, weil es um die Baumfällungen am Kreishaus ging.

Ich habe erlebt, dass in diesem Ausschuss viele engagierte Menschen sitzen, die sich wertvoll einbringen, fachlich und auch sachlich. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass der Umweltausschuss eine wichtige Stimme in unserer Stadt erhält. Es gibt viele ökologische Sachverhalte, die es wert sind, nicht nur im jeweils zuständigen Fachausschuss

diskutiert zu werden, weil es eigentlich die Zuständigkeitsordnung so vorsieht. Auch eine Beratung im Umweltausschuss macht in vielen Fällen Sinn. Und wenn sich daraus Empfehlungen entwickeln, die ungewollte Eingriffe verringern oder Maßnahmen verbessern, dann erzielen wir doch einen echten Mehrwert, wenn am Ende im Rat entschieden wird.

Ein Thema, welches uns in diesem Jahr auch beschäftigt hat, war der einsame Tod des wohnungslosen Mitbürgers Peter Schubert. Er hat uns gezeigt, dass wir mit unserem Angebot für Wohnungslose, welches sicherlich besser ist als in vielen anderen Städten, dennoch nicht alle erreichen. Und deshalb ist es richtig weiterzumachen und Lösungen für die Dinge auf den Weg zu bringen, die verbessert werden müssen. Dazu gehört,

- dass wir den Menschen, die abhängig sind von Suchtmitteln, einen geschützten Raum bieten, den sie für den Konsum aufsuchen können, aber auch für die tägliche Körperpflege. Deshalb ist es gut, dass mittlerweile eine breite Mehrheit des Rates hinter der Einrichtung eines „Nassen Cafés“ steht,
- dass wir Gesprächsangebote von Seiten der Stadt, aber auch vom Gasthaus und der Diakonie, ausweiten, damit wir mit den Menschen auf Augenhöhe sprechen und nicht einfach nur über sie sprechen,
- dass wohnungslose Menschen die Möglichkeit bekommen, kostenlos eine öffentliche Toilette aufsuchen zu können,
- dass wir niemanden ein Dach über dem Kopf verweigern und aus der Unterkunft rauswerfen, auch wenn der Umgang aufgrund von Alkohol- oder Drogenkonsum nicht immer einfach ist. Hier brauchen wir praktische und einfache Lösungen, damit niemand mehr auf der Straße landet.
- und dass wir prüfen, ob das beschlossene Hilfsangebot für Frauen, die ihre Wohnung verloren haben, ausreicht. Falls es erforderlich ist, dann müssen wir da nachbessern.

Das alles hat mit Menschenwürde zu tun. Und deshalb lassen Sie uns im nächsten Jahr nicht darüber streiten, woher die Mittel für diese Maßnahmen kommen. Lassen Sie uns die Dinge auf den Weg bringen, damit unser Angebot breiter wird und wir noch mehr Menschen erreichen können, die Hilfe brauchen und sie auch annehmen wollen.

Ich komme zum Ende und möchte mich abschließend bedanken. Dieses Mal zuerst bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die zuerst wegen der Corona-Pandemie und jetzt wegen des Krieges in der Ukraine Enormes geleistet haben. Ohne sie wäre es überhaupt nicht möglich, die Herausforderungen zu meistern, vor denen unsere Stadt in den letzten zwei Jahren stand. Dafür unser herzlicher Dank!

Bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeitern der Verwaltung, die uns in diesem Jahr wieder bei den Haushaltsberatungen unterstützt haben.

Herr Grunwald, Herr Lubrich und das Team der Kämmerei, Herr Fritz und Herr Krietemeyer, vielen Dank für die gute fachliche Begleitung in den letzten Wochen.

Besten Dank auch an Benno Portmann und Holger Freitag für die konstruktiven Beratungen zum Haushalt. Es gab definitiv Jahre, da war es erheblich schwieriger!

Und zum Schluss ein Dankeschön an Sie alle, dass Sie mir Ihre Aufmerksamkeit für meine letzte Haushaltsrede geschenkt haben.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start, mit viel Glück und Gesundheit in das neue Jahr 2023.